

Liebe Leserinnen und Leser,

Evangelii Gaudium heißt das apostolische Schreiben, das Papst Franziskus Ende November 2013 in die Welt verkündete. Es enthält die Aufforderungen zu mehr Freude (im Glauben), zu mehr Aufrichtigkeit (in der Glaubenspraxis) und zu mehr Gerechtigkeit (im Zusammenleben der Menschen). Über die innerkirchlichen Botschaften hinaus wird die Lage der Weltgesellschaft, sich an einer historischen Wende befindend, analysiert und kritisiert: „Angst und Verzweiflung ergreifen das Herz vieler Menschen, sogar in den sogenannten reichen Ländern. Häufig erlischt die Lebensfreude, nehmen Respektlosigkeit und Gewalt zu, die soziale Ungleichheit tritt immer klarer zutage.“ Franziskus sagt „Nein“ dazu und positioniert sich sehr entschieden zur Bedeutung sozialer Fragen für die Menschen. Sein moralischer Imperativ lautet: „Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt!“

Die meisten Kommentatoren sind sich einig, dass der päpstliche Klartext neuen Schwung und Inspiration nicht nur in die christliche Welt hineinbringt. Franziskus will Nächstenliebe und Gerechtigkeit aus dem Kokon der Sonntagsreden herausholen und den grauen Pragmatismus des kirchlichen und politischen Alltags mit neuer Frische inspirieren. Er wünscht eine Neuausrichtung, „bei der die Dinge nicht so belassen werden dürfen, wie sie sind.“

Die programmatische Schrift des Papstes ist rund 180 Seiten lang. Ebenso viele Seiten umfasst der zur selben Zeit in Deutschland unterzeichnete *Koalitionsvertrag* der christlichen Parteien mit den Sozialdemokraten zur Bildung einer neuen Bundesregierung. Das Werk trägt den Titel „*Deutschlands Zukunft gestalten*“ und soll die Grundlage für die „*Bewältigung großer Aufgaben*“ sein, wie Bundeskanzlerin Merkel ankündigte.

Die *Freude an der Verkündigung* sei dem Text nicht zu entnehmen, so meinen die Kommentatoren. Im Gegensatz zur päpstlichen Schrift

fehle es an Begeisterung und Kraft, um Gesellschaft und Wirtschaft in die Zukunft zu lenken: *Detailbesessen, unterphilosophiert und prioritätenarm* lauten einige Attribute. Es scheine so, als wolle man die Dinge eher so belassen, wie sie sind.

Auf der Suche nach gesellschaftspolitischen Impulsen etwa zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird man durchaus fündig: *Kinderpolitik, Mädchen- und Jungenpolitik, eigenständige Jugendpolitik* sind die Überschriften für die Absicht, „*die Kinder- und Jugendhilfe auf einer fundierten empirischen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickeln*“ (S. 99). *Jugendpolitik* solle vom Bund als ein zentrales Politikfeld begriffen werden, „*das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird*“ (S.101). Weiterhin ist der „*Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und die Weiterentwicklung der Wahrnehmung der Rechte von Kindern ein zentrales Anliegen dieser Koalition*“ (S. 100) und „*die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und Jungen soll weiterentwickelt und Rollenstereotypen entgegengewirkt werden*“ (S. 101).

Die *Stiftung DFK* wäre neben anderen ein geeigneter Partner, einige Vorhaben zu präzisieren und kooperativ umzusetzen. Inwieweit dem DFK dafür notwendige Ressourcen zukommen werden, hängt wiederum von politischer Priorisierung ab, die momentan allerdings nicht erkennbar ist.

Dessen ungeachtet bleibt das DFK ein wichtiger Multiplikator für die vielen Akteure der präventiven Arbeit: Die *aktuelle Ausgabe forum kriminalprävention* berichtet von den kommunalen Anstrengungen der Gewaltprävention in Brandenburg und den Bemühungen zur Verbreitung des *Anti-Mobbingprogramms fairplayer* in Berlin. Die *Belange der „Großen Kinder“* für eine gelingende Entwicklungsförderung werden thematisiert. Über die Grenzen hinausblickend geht es um *inklusive Gewaltprävention in*

Südafrika, einem Land, das in einem langen und schwierigen Umbruch bestehen muss. Der Tod von Nelson Mandela ist Anlass genug, die Bedeutung von Vorbildern – nicht nur beim Thema Prävention – hervorzuheben. Vorbilder sind die Träger des *Förderpreises Kriminalprävention*. Von der Preisverleihung wird berichtet. Wie schwierig es ist, in krisenhaften Zeiten humanistischen Idealen treu zu bleiben und nicht zu Tätern eines verbrecherischen Regimes zu werden, wird ab Mitte Januar der Kinofilm „*Das radikal Böse*“ zeigen, der im Heft ausführlich vorgestellt wird. Eine Rückschau auf die diesjährigen *Herbsttagungen von Kriminologie, Jugendgerichtsbarkeit und Kriminalpolizei* empfiehlt einen achtsamen Umgang mit Krisen und Katastrophenszenarien, die unverhältnismäßige exekutive Maßnahmen auslösen können. Auf einen intellektuellen Diskurs zu angemessener Zukunftsvorsorge weist der Buchtipp *Aufbruch ins Unversicherbare – Zum Katastrophendiskurs der Gegenwart* hin und warnt vor einseitig priorisierter Worst-Case-Prävention, bei der häufig die treibenden Gefahrenparameter nicht auf ihre Ursachen und Interdependenzen hin untersucht werden.

Einbruchschutz ist wieder ein Politikthema geworden. Im Koalitionsvertrag heißt es: „*Der Schutz von Wohnungseinbrüchen soll verbessert werden (S. 11) ... Wir unterstützen nicht nur die präventiven Maßnahmen der Bürger...*“ (S. 145). Die Innenministerkonferenz hat Expertenvorschläge (von DFK und ProPK) zur Förderung von baulichen und technischen Sicherungsmaßnahmen gegen Einbruch befürwortet und etwa die Erweiterung der Möglichkeiten für zinsgünstige Darlehen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) angeregt. Eine technische Möglichkeit zur Prävention und Tatabklärung etwa bei Einbruchdiebstahl ist die künstliche DNA, die die Attraktivität von Diebesgut verringern soll. Nur im Rahmen einer umfassenden Kommunalen Präventionsstrategie scheint die Technik sinnvoll zu sein,

wie im Beitrag *Künstliche DNA und kommunaler Einbruchschutz* dargestellt wird.

Das Titelthema „*Urbane Sicherheit – Soziale Stadt*“ spannt den Bogen zwischen den zunehmenden Anforderungen an Sicherheitsdienstleistungen in urbanen Räumen und der Einsicht, dass die soziale Ausgestaltung von Lebensorten sowie die Motivierung und Unterstützung der Bewohner/-innen wiederum die zentralen Voraussetzungen für mehr Sicherheit und ihre Wahrnehmung sind. Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Stadtentwicklung werden aufgezeigt, Erkenntnisse zum Management urbaner Sicherheit berichtet. Die

neue Bundesregierung beabsichtigt das *Programm Soziale Stadt* aufzuwerten und den flexiblen Mitteleinsatz zu sichern: „Das *Programm Soziale Stadt* werden wir im Rahmen der *Städtebauförderung als Leitprogramm der sozialen Integration* weiterführen. *Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt, mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit erhöhten Integrationsanforderungen bündeln.*“ (S. 117)

Gestaltungswille klingt im Handlungsfeld der Stadt- und Regionalentwicklung an, der angesichts regional sehr unterschiedlicher demografischer und ökonomischer

Parameter besonders notwendig ist. Etwas *franziskanischer Geist* kommt somit in der politischen Verabredung für die Zeit bis 2017 doch noch zum Vorschein.

Liebe Leserinnen und Leser, ich hoffe, dass Sie ein gutes Jahr beenden können, wünsche Ihnen gemeinsam mit Henning van den Brink auch namens meiner Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle und im Vorstand des DFK eine besinnliche Weihnachtszeit und einen fröhlichen Jahreswechsel. Möge das neue Jahr mit unser aller Esprit für eine gute, sozial ausgleichende und wirksame Präventionsarbeit beginnen.

Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl

